



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Dr. Christoph Rabenstein, Klaus Adelt, Inge Aures, Susann Biedefeld, Annette Karl, Natascha Kohnen, Andreas Lotte, Bernhard Roos, Volkmar Halbleib, Hans-Ulrich Pfaffmann, Dr. Simone Strohmayer, Margit Wild, Kathi Petersen** und **Fraktion (SPD)**

Stellenabbau bei BAT (British American Tobacco) in Bayreuth - Arbeitsplätze erhalten, Perspektiven eröffnen und Zukunftspotenziale erschließen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag missbilligt den angekündigten Abbau des britischen Tabakkonzerns BAT von zwei Drittel seiner Jobs (950 von 1.400 Arbeitsplätzen) in Bayreuth. Dieser beabsichtigt, das Werk in Bayreuth bis 2017 größtenteils zu schließen, obwohl es hochproduktiv ist und die Belegschaft bereits weitreichende Zugeständnisse gemacht hat.

Er fordert ein klares Bekenntnis des Unternehmens zum Standort Bayreuth.

Er fordert das Unternehmen auf, sich seiner sozialen Verantwortung für die betroffenen Beschäftigten und deren Familien zu stellen und möglichst viele Arbeitsplätze zu erhalten.

Er erklärt sich solidarisch mit der Belegschaft und teilt die Sorgen und Ängste der Mitarbeiter und unterstützt die Suche nach bestmöglichen Lösungen aller Verantwortlichen auf allen Handlungsebenen.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, Perspektiven für die BAT-Mitarbeiter zu eröffnen, das wirtschaftliche Umfeld am Standort Bayreuth zu stärken und Zukunftspotenziale zu erschließen.

Hierzu zählen folgende Punkte:

- Auf die Einhaltung der Zusagen des Unternehmens, Einrichtung einer Transfergesellschaft, Garantie für die Auszubildenden und Bereitstellung eines Qualifizierungsbudgets, ist zu achten. Betriebsbedingte Kündigungen müssen ausgeschlossen werden, alle Altersteilzeitmöglichkeiten, interne Arbeitsplatzwechsel und Weiterqualifizierungsmöglichkeiten müssen ausgeschöpft werden.
- Mit Arbeitsförderungs- und Qualifizierungsmaßnahmen aus Mitteln des Arbeitsmarktfonds und

des europäischen Sozialfonds sind die Aktivitäten der Arbeitsverwaltung in höchstmöglichem Maße zu flankieren. Dies gilt auch für die Unterstützung der Task Force der Agentur für Arbeit.

- Das Struktur- und Innovationsprogramm der Stadt Bayreuth, der Universität, der Handwerkskammer und der Industrie- und Handelskammer Oberfranken muss durch eine aktive Ansiedlungspolitik und gezielte Investitionsakquisen begleitend gefördert und voran gebracht werden.
- Regionalfördermittel müssen schnellstmöglich bewilligt werden, um Arbeitsplätze zu sichern bzw. neue zu schaffen.
- Neben dem Struktur- und Innovationsprogramm sind gezielt Technologie-, Digitalisierungs- und Wissenschaftsprojekte am Standort Bayreuth in Kooperation mit der Universität und Industriepartnern zu intensivieren.
- Dem Landtag umgehend zu berichten, welche Maßnahmen die Staatsregierung kurzfristig ergriffen hat, um den betroffenen Mitarbeitern neue Perspektiven zu geben. Gleichzeitig sind die angekündigten Maßnahmen vorzulegen, mit denen die Staatsregierung in der Region langfristig attraktive Arbeitsplätze schaffen will.

Begründung:

Nach Angaben des Unternehmens soll das bisher produzierte Volumen für Fertizigaretten und ausgewählte Halbfabrikate in Bayreuth bis Ende 2017 in Fabriken in Polen, Ungarn, Rumänien und Kroatien übertragen werden. Diese Verlagerung soll voraussichtlich bis Mitte 2018 abgeschlossen sein. Die Veränderungen werden zu einem Stellenabbau von rund 950 Arbeitsplätzen im Werk in Bayreuth führen.

Das Werk Bayreuth wurde 1957 als Produktionsstätte der BAT gegründet und seit dieser Zeit fortentwickelt und immer wieder erweitert. Besonders im Jahr 1996 wurde der Bereich Forschung, Entwicklung und Qualität von Hamburg nach Bayreuth verlegt und für Baumaßnahmen rund 50 Millionen Euro investiert. Erst 2012 hat BAT erneut (u.a. für ein Hochregal) rund 46 Millionen Euro investiert. Damit ist die Betriebsstätte in Oberfranken die weltweit größte Produktionsstätte der BAT und zudem hochproduktiv.

Neben 950 hochqualifizierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern (von insgesamt 1.400 Mitarbeitern),

die ihre Tätigkeit verlieren, sind weitere 500 Dienstleister, Zulieferer etc. ebenfalls von der Schließung betroffen. Mit Familienangehörigen sind rund 5.000 Menschen in Bayreuth und Umgebung unmittelbar involviert. Nicht nur durch die massenhaften Jobverluste erleidet die oberfränkische Region erheblichen wirtschaftlichen Schaden. So geht für die Stadt Bayreuth einer der größten Gewerbesteuerzahler verloren und die Steuer- und Sozialsysteme werden beeinträchtigt. Das Auftragsvolumen, das das Unternehmen

an regionale Zulieferer vergibt, liegt nach eigenen Angaben bei rund 40 Millionen Euro und die Kaufkraft der Mitarbeiter beträgt 47 Millionen Euro.

Nicht nachvollziehbar sind deshalb die Gründe der Schließung. Obwohl das Werk produktiv arbeitet und schwarze Zahlen schreibt, soll es wegen zu hoher Lohnkosten in „Billigländer“ in Osteuropa verlagert werden. Es geht hier um reine Gewinnmaximierung, ohne auf die Folgen der Betroffenen vor Ort zu achten.